

# Die Nationalversammlung.

— Berlin, 8. Oktober 1919.

## Fortsetzung der politischen Aussprache.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Präsident Fehrenbach dem Hause Mitteilung von dem Waffenanfall auf den Abg. Haase, den Führer der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Hierauf wurde die große politische Aussprache über den Haushalt des Reichsanwalts fortgesetzt.

Als erster Redner aus dem Hause gab Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) zunächst der Hoffnung Ausdruck, daß das Attentat auf den Abg. Haase von seinen verderblichen Folgen begleitet sein werde, und erbat die Zustimmung des Hauses dazu, daß er dem Abg. Haase, seiner Familie und seiner Fraktion die herzlichste Teilnahme des Hauses ausspreche.

Hierauf führte der Abg. Stresemann aus: Die Neubildung der Regierung werde auf die politische Befähigung eines wesentlichen Einflusses nicht ausüben. Die Nationalversammlung leide an einem Mangel an Autorität. Ihre Aufgabe sei eigentlich mit der Erledigung der Verfassung erfüllt gewesen. Nach Ueberwindung dieses Winters würden wir eine solche Fülle von wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen haben, daß die Frage der Auswanderung völlig auscheiden müßte. Aus dem Kriege gerettet hätten wir das unbedingte Vertrauen der Welt in die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Nach Lösung der Rohstoff-Frage und der Neuerung der Arbeitskraft sei an unserem wirtschaftlichen Aufstieg nicht mehr zu zweifeln. Redner wendet sich gegen die Angriffe des Reichsanwalts, gegen die Sozialpolitik des alten Deutschlands. Die Schutzmaßnahmen des Staates zugunsten der Rechte der wirtschaftlich Schwachen hätten ihre Geburtsstätte in dem kaiserlichen Deutschland gehabt. Das Betriebsrätegesetz enthalte an sich ein ethisches Moment, das produktionsfördernd wirke, werde aber in unserer Zeit der parteipolitischen Zerissenheit zu einem Kampf der Organisationen führen. An dem Schieberwesen, gegen das der Reichsanwalt erfreulicherweise starke Worte gefunden, habe die Zwangswirtschaft viel Schuld, die sich zur Abwicklung von Geschäften häufig nicht einwandfreier Elemente bedient habe. Hoffentlich kämen wir bald wieder zur freien Wirtschaft.

## Zur Frage der Monarchie

Übergehend, hob Redner hervor, der Liberalismus habe immer ein Ideal in einer konstitutionellen Monarchie mit parlamentarischer Regierung gesehen. In monarchistischem Sinne erzogene Offiziere könnten jetzt keine begeisterten Republikaner sein. Jeden monarchistischen Putz aber lehnten seine Freunde ganz entschieden ab. Eine Wiederholung der Budapester Vorgänge wäre das Ende des monarchischen Gedankens in Deutschland, wohl aber werde seine Partei innerhalb der Verfassung für den monarchischen Gedanken werben, weil sie aus Vernunftgründen Monarchisten seien. Er glaube nicht, daß die republikanische Staatsform seit dem November v. J. in Deutschland moralische Überlegenheit gemacht habe. Viele Leute seien längst wieder Vernunftmonarchisten geworden. Man habe jetzt kein parlamentarisches System, sondern eine Karikatur, eine Ausbeutung dieses Systems zu parteipolitischen Zwecken. Mit dieser Kopie amerikanischer Zustände ruiniere man unsere Beamtenchaft, die festeste Grundlage des Staates. Um wieder hochzukommen, müßten wir zurückkehren zu den Tugenden deutschen Lebens: Autorität, Ordnung, Unterordnung, Arbeitsfreudigkeit und Schaffenslust. Nicht das alte Preußen sei zusammengebrochen, wohl aber das neue Deutschland mit seiner schnell reich gewordenen Bourgeoisie. Zeige die Regierung reichsweite Wege für den Wiederaufbau Deutschlands, dann werde seine Partei sie unbeschadet ihrer sonstigen Gegnerschaft gern unterstützen. (Beifall rechts.)

Reichsminister Noske vorbereitete sich dann in langen Ausführungen über die baltische Frage. Der Minister bezeichnete es als unerträglich, wenn einzelne Parteien und ein Teil der Presse auf die Truppen weiterhin dahin einwirkten, daß sie sich im Recht befänden, und daß sie dem Befehl zum Rückmarsch nicht Folge leisten sollten. Er wisse, daß mit wüsten Schimpereien auf die Truppen, die nicht zurück wollen, nichts zu erreichen sei. Er ehre auch die Motive, die viele Soldaten veranlassen, draußen bleiben zu wollen. Sie fürchten die Arbeitslosigkeit, den Terror und den Boykott. Es sei auch richtig, daß die Truppen im Baltikum sich in ihren Erwartungen betrogen fühlen. Das alles ändere aber nichts an der Notwendigkeit, das Land zu räumen. Die Regierung werde alles daransetzen, um Deutschland vor einem neuen schweren und ersten Konflikt mit der Entente zu bewahren. Der Aufruf des Majors Bischoff an die Eisener Division sei ein Maß von Auflehnung gegen die Interessen des Reiches, daß dagegen mit allem Nachdruck eingeschritten werden muß. Wegen Major Bischoff sei eine kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet.

Noske erwähnt eine Broschüre, die an die Soldaten verteilt werden sollte. Darin wird gesagt, daß in Wahrheit in Deutschland Unabhängige und Spartakisten regierten, daß keine Veranlassung bestehe, der Regierung den Treueid zu leisten, daß die Regierung nichts für die Zukunft der Soldaten tue usw. Diese Sudelchrift, dieses Pamphlet ist gedruckt in der „Deutschen Tageszeitung“. (Hört! Hört! links.) Der Auftraggeber sei der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei. (Stürmisches Hört! Hört! links. — Lärmende Hurra rechts.) Selbstverständlich ist gegen die Schuldigen Strafantrag gestellt worden. (Beifall links.)

Nummehr wird die politische Aussprache zunächst abgebrochen, da als nächster Redner der durch das Attentat verwundete Abg. Haase vorgesehen war, und das Haus wendet sich dem

## Haushalt der Reichsjustizverwaltung

zu. Abg. Watzke (Dem.) bringt verschiedene Wünsche und Anregungen, insonderheit betreffs Erneuerung des Justizwesens und der Rechtspflege vor.

Reichsjustizminister Schiffer: Die Absicht, eine Amnestie zu erlassen, besteht nicht; sollte sie aber gelehrt werden, so muß ich Bedenken tragen, ihr zu-

zutimmen. Es ist unsere Pflicht, in der jetzigen Zeit das Recht zu stärken und nicht zu schwächen. Wir müssen vor allem das Bewußtsein stärken, daß niemand ungestraft gegen das Recht verstoßen darf. Der Entwurf zur Strafrechtsreform ist ziemlich fertig gestellt. In Bezug auf das Anwaltswesen liegen gewiß schwere Mängel vor. Ich werde die Verhältnisse genau prüfen und dann das Erforderliche einleiten. Gesehliche Änderungen müssen hier aber mit großer Vorsicht vorgenommen werden.

Abg. Cohn (N. Soz.): Unser Mißtrauen gegen die Justiz ist gewachsen. Ich verweise nur auf die Schutzhaftskände.

Abg. Dr. Einzheimer (Soz.): Die ganze Justiz muß reformiert werden. Auch die Zustände in der Untersuchungs- und Strafvollstreckung sind nicht nur Objekte, er muß als wichtigste Subjekte anerkannt und behandelt werden.

Reichsjustizminister Schiffer: Eine Veränderung des Abklageverfahrens wird bereits erstrbt. Hierbei wird auch die Frage der Sondergerichte eingehend geprüft werden. Die allgemeinen Gerichte können aber vielleicht so vollständig gestaltet werden, daß wir die Sondergerichte entbehren können.

Damit ist die Aussprache über die Reichsjustizverwaltung erledigt. Es folgt das Reichsfinanzministerium.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Ich möchte den Finanzminister dringend bitten, auf eine Neuordnung des Besoldungswesens hinzuwirken.

Reichsminister Erzberger: Die Reichsabgabenordnung muß noch in diesem Monat angenommen werden. Die neue Besoldungsordnung für die Beamten wird so zeitig vorgelegt werden, daß sie am 1. April in Kraft treten kann.

Der Etat wird angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Interpellation Scheidemann wegen der hohen Schuhwarenpreise, Fortsetzung der allgemeinen Aussprache.

Schluß gegen 7 Uhr.

## Die Räumung des Baltikums.

Lettsche und estländische Truppenansammlungen an der Demarkationslinie.

Der Abtransport der deutschen Truppenverbände aus dem Baltikum wird durch bedrohliche Ansammlungen lettischer Truppen an der gegenüberliegenden Demarkationslinie ernstlich gefährdet. Graf von der Goltz richtete aus diesem Grunde vor seiner Abreise aus dem Baltikum ein Schreiben an den englischen General Burt, den Chef der verbündeten Militärmission in Riga, worin es heißt, daß die Sicherung an der Demarkationslinie nördlich Mittau den russischen Truppen übergeben wurde, um den Abtransport der deutschen Verbände zu ermöglichen. Die lettischen Truppen wurden aber an der gegenüberliegenden Demarkationslinie fortlaufend verstärkt, so daß mit einem Angriff auf die deutschen Truppen gerechnet werden müsse. Gleichzeitig wurde der Transport starker estnischer Kräfte über Stockholm gemeldet. Hierdurch könne der deutsche Abtransport erneut verzögert werden. Ähnliche Bedrohungen hätten die Engländer bei der Räumung von Archangelsk gezwungen, zunächst noch neue Freiwilligenverbände dorthin zu bringen, um die Positionen der bedrohten Besatzung nur vorzubereiten. Sollte sich daher die Bedrohung der deutschen Truppen bei Mittau weiter verstärken, so könnte auch hier eine ähnliche Maßnahme wie in Archangelsk erforderlich werden. Graf Goltz bittet dahin zu wirken, daß die estnischen und lettischen Truppen hinter eine von ihm bezeichnete Linie zurückgezogen werden, damit er die Räumung ausführen kann.

Da General Burt auf dieses Schreiben nicht sofort antwortete, wie es der Bedeutung der deutschseits angeregten Frage entsprochen hätte, wies Graf v. d. Goltz in einem zweiten Schreiben an Burt erneut darauf hin, daß immer mehr lettische Truppen bei Dlat, Riga, an der Demarkationslinie und über diese hinaus angeammelt wurden, die Letten starke Patrouillen vor sich schickten und mit Artillerie schossen. Er habe Ende September die Abtransporte wieder aufgenommen und betone nochmals, daß die Räumung auf die Dauer undurchführbar sei, wenn nicht die estnischen Truppen und die Masse der lettischen Truppen aus der bedrohlichen Nähe der Dlatfront zurückgezogen würden. Graf Goltz fordert daher, seinem Ersuchen Folge zu geben. Andernfalls sei es aller Welt klar, daß dort an einer friedlichen Räumung Lettlands nichts gelegen sei.

## Drohende weitere Konflikte.

Wie zu erwarten war, stellt sich das aus russischen und deutschen Truppen bestehende Korps Keller, die sogenannte russische Westarmee, auf eigene Füße und behält Kurland als seine Operationsbasis. Der lettischen Regierung ist hiermit indirekt der Kampf angefangen. Das Land wird für eine russische Oberhoheit in Anspruch genommen, wobei eine Autonomie zugesagt wird. Es eröffnet sich also die Aussicht auf eine Reihe von weiteren Konflikten. Die lettische Regierung wird selbstverständlich versuchen, mit Hilfe der Entente die Westarmee nach Rußland zu drängen. Ein Teil der deutschen Freikorps wird sich sicher der Westarmee anschließen. Daß ein bewaffneter Konflikt mit den Letten und Esten vermieden würde, scheint nahezu ausgeschlossen.

Wie aus Mittau gemeldet wird, kam es bei Groß-Sakau, 20 Kilometer östlich Mittau, zu einem vorwiegend zwischen lettischen Letten und Deutschen. Gefangene Letten sagten aus, daß die lettische Regierung beabsichtige, die Russen und Deutschen endgültig vom lettischen Boden zu vertreiben.

## Eine russische Note an die deutsche Regierung.

Der Oberbefehlshaber der freiwilligen russischen Westarmee, Oberst Wladimir Vermondt, teilt der deutschen Regierung in einer durch den deutschen Gesandten in Mittau übermittelten Note mit, daß er, unterstützt von dem am 7. Oktober neu gebildeten Zentralrat für Westrußland, im Namen Großrußlands die Aufgabe der Wiederherstellung der Staatsordnung und

Flucht in den vom Bolschewismus befreiten Teilen Westrußlands übernommen habe. Gleichzeitig spricht er als Vertreter der russischen Staatsgewalt der deutschen Reichsregierung den Dank Rußlands aus für die unergänzlichen Dienste, die sich deutsche Truppen um die Errettung der russischen Provinzen vor dem Bolschewismus erworben haben. Nach Zurückziehung der deutschen Truppen werde der Schutz Westrußlands von russischen Truppen übernommen werden. Die Sicherung des Abtransportes der deutschen Truppen betrachte Oberst Vermondt als seine besondere Sorge.

## Auf eigene Faust nach Kurland.

Aus Tilsit wird gemeldet: Eine hundertzwanzig Mann starke Abteilung der Jägerregimenter 9 und 10, die in der Absicht, zu den kurländischen freiwilligen Truppen zu stoßen, über die Grenze entwich, sollte dem Rittmeister Madebanz mit einer Abteilung Tilsiter Dragoner zurückgeführt werden. Da die Jäger sich der Entwaffnung widersetzen wollten, einigte man sich, sie bewaffnet nach Tilsit zu bringen. Ueber Nacht wurden sie in Schreitlaufer untergebracht. Gegen Morgen aber befreiten sich die Jäger und entwichen wieder nach der Grenze. Ein paar Mann wurden in der Gegend von Langsoggen festgenommen.

## Der Anschlag auf Haase.

### Das Befinden des Verletzten.

Das Befinden des Abgeordneten Haase wird als den Umständen angemessen gut bezeichnet. Uebrigens sind die Verwundungen nicht gefährlicher Natur. Die ärztliche Untersuchung im Hedwigskrankenhaus ergab am rechten Bein einen Durchschuß des Unterschenkels sowie einen Stedtschuß im Oberschenkel; eine Schramme am Ellbogen ist augenscheinlich durch Sturz verursacht. Der Zustand des Verwundeten läßt seine Wiederherstellung in etwa acht Tagen erwarten. Nach Meinung eines Wundblattes soll Haase am Mittwoch in der Nationalversammlung die Absicht gehabt haben, Enthüllungen über russische Werbearbeit in Berlin zu machen. Das ist durch den Anschlag verhindert worden. Der Reichspräsident und der Reichsanwalt haben Frau Haase telegraphisch ihr besonderes Bedauern ausgesprochen.

### Die Tat eines Geistesgestörten.

Soweit bis jetzt zu überblicken ist, scheint das Attentat lediglich persönlichen Motiven entsprungen zu sein. Einen politischen Hintergrund hat es nicht. Es handelt sich bei dem Attentat auf Haase um einen Menschen, der offenbar geisteskrank ist. Er leidet allem Anschein nach an Querschnittsmanie. Der Täter ist kein eingeschriebenes Mitglied einer politischen Partei, behauptete aber bei seiner Vernehmung, der U. S. V. D. am nächsten zu stehen. Frau Haase hat er sich vor einiger Zeit mit einer Beschwerde gegen die Klassenlotterie gewandt, aber Haase hat abgelehnt, seine Vertretung zu übernehmen. Wegen derselben Sache hat er sich mit dem Finanzministerium herumgeschlagen. Er befürchtet jetzt, wegen Erpressung gerichtlich belangt zu werden. Da er der Meinung ist, daß das hinter verschlossenen Türen vor sich gehen werde, und er dabei ins Unrecht gesetzt würde, hat er durch den Revolveranschlag auf Haase die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken versucht und, wie er sich ausdrückt, habe er gleichzeitig Haase, einen Denktzettel geben wollen.

### Keine politische Mordtat.

Während die gesamte Presse den Anschlag auf den Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten auf persönliche Beweggründe des Täters zurückführt, macht das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten die einzige Ausnahme. Ohne das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten, wagt das Blatt bereits am gleichen Nachmittage zu schreiben:

„Nach Liebknecht, Luxemburg, Eisner sollte nun auch der Genosse Haase der schwarzen Konterrevolution zum Opfer gebracht werden. Die Schandbuben der Reaktion, ausgehebt und ausgeflacht durch eine wüste Propaganda, glauben das Proletariat am stärksten dadurch zu treffen, daß sie seine besten Führer menschlings ermorden. Die Diktatoren fühlen sich des Erfolgs der bürgerlichen Gesellschaft so sicher, daß sie vor offenen Attentaten nicht zurückzucken. Welche Motive auch den Attentäter gegen Haase geleitet haben mögen, eines ist sicher, daß dieser neue schurkische Ueberfall als ein Anzeichen der erstarrten Gegenrevolution betrachtet werden muß. Mehr als je muß deshalb das Proletariat auf dem Wachen sein, um die Angriffe abzuwehren, die von seinen Feinden vorbereitet werden.“

Man hätte doch annehmen dürfen, daß die „Freiheit“ die tatsächlichen Feststellungen, die durch die Vernehmung des Täters schon jetzt ermöglicht wurden, hätte abwarten müssen oder wenigstens sich die nötigen Aufschlüsse von ihren Parteifreunden oder der Behörde hätte geben lassen. Inzwischen hat das Blatt auch bereits zugeben müssen, daß sich der Mordversuch als die Tat eines geistig minderwertigen herausgestellt habe.

## Rundschau im Auslande.

! In Lissabon ist ein Streik der Eisenbahner ausgebrochen, der sich über ganz Portugal ausgedehnt hat.

! Ueber die Hauptstädte der amerikanischen Stahlindustrie wird der Belagerungszustand verhängt worden. Dies hängt mit den bolschewistischen Unruhen, die dort in den längsten Tagen stattfanden, zusammen.

! Nach Washingtoner Meldungen ist die Erkrankung des Präsidenten Wilson lebensgefährlich. Sein Zustand gibt zu den größten Besorgnissen Anlaß.

### Die wankende Sowjetregierung.

Nach einer Revolvermeldung ist in Kopenhagen ein drahtloses Telegramm der Sowjetregierung aufgefangen worden, in dem es heißt, daß General Denikin unmittelbar vor der Einnahme von Woronesch stehe. Nach Mitteilungen russischer Blätter sind in Peterburg in den letzten sechs Monaten 40 000 Menschen gestorben, während nur 5500 Geburten zu verzeichnen sind. In Moskau erhalten sich die Gerüchte, daß Lenin gekürzt sei und im Kreml festgehalten werde. Die Macht soll augenblicklich in den Händen der Derschinskys liegen.